



Samstag, 18. April 2026, 15:59 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Das eingepferchte Geschlecht

Ein Passus im Wehrpflichtgesetz besagt, dass junge Männer den Staat für längere Auslandsreisen um Erlaubnis bitten müssen — Boris Pistorius lässt Betroffene zwar vorerst in Ruhe, zeigt ihnen aber schon mal die Folterwerkzeuge.

von Roland Rottenfuß
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Andrey_Popov, SLM buzz)

„Sie brauchen gar keine Angst haben, ich sag‘ ja jetzt nicht ‚Fass!‘“ So versucht Hundebesitzer Gerhard Polt

<https://www.youtube.com/watch?v=I5sFagE-zqw>

seinen Freund in Gegenwart eines furchteinflößenden Tieres zu beruhigen. Dann aber fügt er mit hämischer Stimme hinzu: „Aber ich könnte ‚Fass!‘ sagen ...“

Ähnlich geht Kriegstüchtigkeitsminister Boris Pistorius derzeit mit jüngeren Männern um. „Keine Angst, ich befehle Ihnen jetzt nicht, sich vor längeren

Auslandsreisen bei der Bundeswehr abzumelden – aber ich könnte es Ihnen befehlen.“ Es ist eine Drohung, ein Katz-und-Maus-Spiel und die ultimative

Machtdemonstration – selbst, wenn diese zunächst nicht voll ausgespielt wird. Der Minister erzeugte mit einem in der Presse am 4. April 2026 bekannt

gewordenen Passus aus dem **neuen Wehrpflichtgesetz**

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2026/04/bundeswehr-gesetz-wehrdienst-auslandsaufenthalte.html>

maximale Unruhe bei vielen Bürgern, die sich plötzlich als das erkannten, was sie eigentlich immer schon

waren: Verfügungsmasse „ihres“ Staates. Vor

Auslandsreisen, die länger als drei Monate dauern,

müssen Männer zwischen 17 und 45 Jahren eine

Genehmigung bei einer Behörde mit dem unfreiwillig

komischen Namen „Karrierecenter“ einholen. Was

nicht dazu gesagt wurde: Männer, die sich mustern

und innerhalb der Grenzen Deutschlands festsetzen

lassen, könnten sich, statt das Karrieretreppchen zu

erklimmen, am Ende 180 Zentimeter unter der Erde

wiederfinden: als Kriegstote. Angesichts des derzeitigen

Desinteresses der Bundesregierung am Frieden ist das

Szenario gar nicht so weit hergeholt. Später hieß es

dann, die Sache mit dem Gesetz werde nicht so heiß

gegessen, wie sie gekocht wurde. Aber fast jeder

Deutsche weiß ja aus schmerzhafter Erfahrung: Wer

sich auf Versprechungen der Regierung von Friedrich

Merz verlässt, ist verlassen.

Ich bin noch mal davongekommen. Ich muss nicht in den Krieg ziehen. Ja, ich muss nicht einmal zur Musterung. Selbst längere Auslandsreisen sind mir – und das ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr – erlaubt. So erleichtert fühlte ich mich zuletzt als Kleinkind, wenn meine Eltern mir erlaubten, vor den Hausaufgaben noch eine halbe Stunde draußen zu spielen. Danke, Papa Staat!

Dass bei mir die Zügel derzeit nur locker angezogen werden, bedeutet jedoch nicht, dass mein Staat Rücksicht auf meine Lebensplanung nehmen würde. Oder gar auf meinen Widerwillen dagegen, mich an Tötungsvorgängen zu beteiligen und dabei selbst mein Leben zu riskieren. Nein, ich bin einfach zu alt für die Schützengräben.

Angesichts morscher Knochen, schwindender Kondition und altersbedingt verlangsamter Reaktionszeit glauben die Schlachtenlenker des zeitengewendeten Deutschland nicht, dass es mir gelingen könnte, eine ausreichende Zahl an Russen zu töten, wenn diese – wie schon lange erwartet wird – in Deutschland einmarschieren.

Eher müssten Boris Pistorius & Co. befürchten, dass ich für das Heer am Ende ein Minusgeschäft wäre – etwa wegen der Kosten der Rückführung meiner Leiche in einem Sarg nebst über diesen gebreiteter schmucker Deutschlandfahne. Ich wäre wohl nur bedingt taugliches Menschenmaterial und würde schon in den ersten Kriegstagen fallen – „als Soldat und brav“, wie ein Kapitel aus Thomas Manns Roman „Der Zauberberg“ überschrieben ist.

Anders bei jungen Männern, ausgestattet mit der Frische und Tatkraft ihres gerade erst erwachten Lebens. Deren Konstitution passt bestens zu den strategischen Plänen eines Boris Pistorius oder Friedrich Merz. Ich schaffe die Gewaltmärsche in Richtung Donbass ja kräftemäßig nicht mehr, könnte aber den Fußweg von der Aussegnungshalle bis zum frisch ausgehobenen Grab noch schaffen, wenn ich den Beerdigungsfeierlichkeiten jüngerer männlicher Verwandte und Freunde beiwohne, die auf dem Feld der Ehre fielen. Ein solches Szenario scheint aktuell noch in weiter Ferne zu liegen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Ein Skandalchen, das Folgen haben könnte

Was ist passiert? Im Wehrdienstmodernisierungsgesetz vom Dezember 2025

(<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2026/04/bundeswehr-gesetz-wehrdienst-auslandsaufenthalte.html>) hat die

Bundesregierung eine Regelung untergebracht, die lange Zeit nicht entdeckt oder medial zum Thema gemacht wurde: Männer zwischen 17 und 45 Jahren sollen demnach künftig eine Genehmigung der Bundeswehr einholen müssen, wenn sie länger als drei Monate im Ausland bleiben wollen. Ein Beitrag in der *Frankfurter Rundschau* verursachte mit dieser Meldung ein Skandalchen, das einige Medien und Influencer für ein paar Tage aufschreckte. Gemäß dem Motto eines alten Liedes von Herbert Grönemeyer: „Wie eine träge Herde Kühe schauen wir kurz auf und grasen dann gemütlich weiter.“

Neu daran ist: Die Genehmigung müsste auch außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalls eingeholt werden – gilt also auch für Studenten, die ein Auslandssemester absolvieren wollen. Was bringt ein solches Gesetz, außer lästigen Behördengängen, Wartezeiten und Nervereien? Die Regelung macht im Grunde nur

Sinn, wenn die Antwort der Genehmigungsbehörde gegebenenfalls auch „nein“ lauten könnte. Folgt man den Aussagen eines Sprechers des Verteidigungsministeriums

(<https://www.fr.de/politik/wollen-brauchen-genehmigung-drastische-wehrpflicht-aenderung-maenner-die-deutschland-laenger-zr-94248132.html>), so wird es dieses „nein“ aber nicht

geben. „Wir werden aber durch Verwaltungsvorschriften klarstellen, dass die Genehmigung als erteilt gilt, so lange der Wehrdienst freiwillig ist.“ Das heißt, die Antwort ist immer „ja“ – aber wehe, man fragt nicht vorher nach.

DDR für jüngere Männer

Sahra Wagenknecht (<https://www.fr.de/politik/pistorius-ruecktritt-auslandsreisen-debatte-wagenknecht-fordert-zr-94249679.html>) – und nicht nur diese – fühlte sich durch diesen Passus „an DDR- und Mauerzeiten“ erinnert. Die Regel deute darauf hin, „dass die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht längst beschlossene Sache in der Regierung ist“. Wagenknecht gab allen recht, „die Sorge haben, dass die Regierung Merz das Land auf einen großen Krieg vorbereitet“. Ist der Verweis auf die DDR nicht übertrieben?

Zunächst erinnert diese Art des Umgangs des Staates mit unbescholtenen Männern in ihrer ersten Lebenshälfte an die Art und Weise, wie mit verurteilten Verbrechern umgegangen wird, deren Strafe auf Bewährung ausgesetzt ist.

Denen sind Auslandsreisen zwar nicht grundsätzlich verboten, sie können wegen existierender Meldepflichten und Besuchen bei Bewährungshelfern jedoch oft nicht ohne Absprache geplant werden.

In der DDR dienten die Reisebeschränkungen und das restriktive

Grenzregime offiziell dem Schutz vor „Abwerbung“ und westlicher Infiltration. Auch sollte dem Abwandern qualifizierter Fachkräfte ein Riegel vorgeschoben werden, für welche der Arbeiter- und Bauernstaat schließlich die Ausbildungskosten getragen hatte. Die „Investition“ in Menschen sollte sich schließlich für den Investor, den Staat, rechnen. Selbstzweck war menschliche Existenz somit nicht. In Schulen, Betrieben und Medien wurde Bürgern eine moralische Schuld für den Fall aufs Auge gedrückt, dass sie die DDR verlassen wollten. Das galt als eine Art Verrat an der Gemeinschaft und Veruntreuung von Humankapital, wenn jemand erwog, von der Fahne zu gehen.

Das arme, warme Leben

Eine Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft suggeriert auch die bisher nur angedeutete Pflicht für jüngere Männer, sich beim Bundeswehr-„Karrierecenter“ bei längeren Auslandsreisen abzumelden. Dem Überschreiten der deutschen Außengrenzen, die auf diese Weise zu einem antirussischen Schutzwall umgewidmet werden, soll der Charakter eines selbstverständlichen Bürgerrechts wohl schrittweise genommen werden.

Kommentatoren wie der Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler machen auf den logischen Widerspruch zwischen – formal gültiger – Meldepflicht bei Ausreise und – noch ausgesetzter – Wehrpflicht hin. Dieses Spannungsverhältnis könnte sich allerdings bald zu Ungunsten der Freiheit in Form einer tatsächlichen allgemeinen Wehrpflicht auflösen. **Nach rechts tendierende Medien** (https://www.youtube.com/watch?v=9fofVz_Zpp4) machen sich über die Konstruktion einer „freiwilligen Pflicht“ lustig und suggerieren damit, der Staat solle doch Nägel mit Köpfen macht und einfach unmissverständlich Zwang ausüben.

All das klingt wie die Vorbereitung auf etwas „Großes“, was kommen könnte. So wird der Boden für eine Wehrpflicht und mögliche Kriegsbeteiligung bereitet. Auch psychologisch signalisiert der Vorstoß: „Die Einschläge kommen näher. Du bist nicht sicher, niemals. Be prepared!“ Das Leben und die Freiheit jüngerer Männer hängen demnächst also an einem seidenen Faden. Genauer gesagt: Es liegt in den Händen von Politikern wie Boris Pistorius, einem Exponenten der 13-Prozent-Partei SPD, an deren Lösungskompetenz für wichtige Fragen in Deutschland heute fast niemand mehr glaubt. „Etwas hat mein armes warmes Leben irgendeinem in die Hand gegeben, der nicht weiß, was ich noch gestern war“, schrieb Rainer Maria Rilke, der es allerdings anders – liebevoller – meinte.

Geschlechtergerechtigkeit – nicht für Männer

Nebenbei gesagt, sind 17-Jährige juristisch noch Kinder. Genau im selben Alter wurde mein Vater von den Nazis zum Kriegsdienst einberufen. Er überlebte nur mit sehr viel Glück. 17-jährige hätten im heutigen Deutschland nicht das Recht, ihre politische Führung mit zu wählen, müssten sich vor ebendiesem Staat aber womöglich für die Inanspruchnahme ihrer grundgesetzlich garantierten Bewegungsfreiheit rechtfertigen.

Die Botschaft der Machtelite an junge Männer ist klar: „Wo du deinen Körper hinbewegst, das bestimmen immer noch wir. Es ist im Grunde gar nicht mehr dein Körper, es ist unserer.“

Die Gleichbehandlung von Mann und Frau wird mit dem Gesetz ebenfalls in die Tonne getreten. Sie wird nur angemahnt, wenn eine Frau gegenüber einem Mann benachteiligt wird, jedoch „vergessen“, wenn es einmal umgekehrt ist. Die Ungnade des falschen

Chromosomensatzes könnte manchem jungen Mann die Freiheit oder gar das Leben kosten. Da kommt so manchem natürlich eine ganz raffinierte Idee: Kann man nicht sein Geschlecht seit neuestem per einfacher Erklärung auf der Gemeinde ändern? Leider gilt das nicht, wenn Sie „in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit einem Spannungs- und Verteidigungsfall“, also weniger als zwei Monate davor, „plötzlich“ entdecken, dass Sie sich im falschen Körper fühlen. In diesem Fall müssten Sie trotz der Paus'schen Regel „Transfrauen sind Frauen“ in die Kaserne einrücken wie jeder gewöhnliche Mann.

Ist es überhaupt schade um Geschlechtsgenossen Christian Ulmens?

Wieder tut sich eine für Wokistan typische Logiklücke auf. Wenn ich eine Person mit baumelndem männlichem Gemächt und sprießendem Bartwuchs in der Sauna als Mann anrede, obwohl diese sich selbst als Frau definiert, drohen mir harte Strafen. Wenn es darum geht, für Deutschland zu sterben, müsste besagte Transfrau aber womöglich trotzdem ran, es sei denn, ihre Transition ist schon länger her. Die Idee hinter der Schonung von Frauen ist ja dieselbe wie bei Menschen wie mir, deren Vergreisungsprozess schon weiter fortgeschritten ist: Eine junge Frau taugt für den Militärdienst offenbar nicht, weil sie beim Töten von Russen nicht so effektiv zu sein verspricht wie Männer. Warum eigentlich nicht? Schafft sie es kräftemäßig nicht, ihren Finger am Abzug eines Gewehrs so zu krümmen, dass sich das Geschoss wunschgemäß in den Körper eines einmarschierenden Russen bohrt? Tausende von Israelinnen haben ja bewiesen, dass Töten längst nicht mehr nur Männersache ist. Aber vielleicht geht es ja auch darum, dass junge Frauen für die Nachzucht künftiger Soldaten dringend gebraucht werden.

Jedenfalls könnten Männer, die nicht durch die Gnade der frühen Geburt vor dem Zugriff des Bundeswehr-„Karrierecenters“ sicher sind, demnächst durchaus in Stress geraten. Gerade noch waren sie ja vollauf damit beschäftigt gewesen, den Christian Ulmen oder Jeffrey Epstein in sich aufzuspüren.

So mancher wird da den Tod an der Front als gerechte Sühne für seine Taten – im Sinne einer männerbezogenen Schuldvermutung – freudig begrüßen. Zuhause und in den Medien wird er ohnehin nur noch **kollektiv beschimpft** (<https://www.youtube.com/shorts/yF7r0mF6Fm8>). Als Toter hätte er davor Ruhe, und nur noch ein männlicher Vorname auf dem Soldatenfriedhof würde an seine klägliche Existenz erinnern. Einmal tot, könnte er auch männerüblichen Tätigkeiten nicht mehr nachgehen, etwa der Kreation von Deep Fake Pornos.

Versagerregierung mit Anspruchshaltung

Im Grunde ist das Spiel nicht neu. So schlecht kann eine Regierung gar nicht sein, dass sie nicht ab einem bestimmten Punkt arrogant wird und die Bürger schindet. Eher ist es so: Die Schere zwischen dem, was die politisch Etablierten leisten, und dem, was sie dem Bürger abverlangen, klafft immer weiter auseinander. Der Staat und die Institutionen sind zunehmend nicht mehr in der Lage, ihre Grundfunktionen zu erfüllen: den Erhalt der Basis-Infrastruktur, würdige diplomatische Vertretung im Ausland, Unterstützung wirtschaftlicher Prosperität, Friedenssicherung und anderes. Im Grunde wäre für Spitzenpolitiker erst einmal eine Phase verschämter Einkehr und Besinnung notwendig, verbunden mit der ehrlichen Absicht, die selbst verursachten Scherben wegzukehren und es in Zukunft besser zu machen.

Stattdessen aber scheinen Politikergehirne Tag und Nacht um die Frage zu kreisen, was sie den ihnen Anbefohlenen als nächstes abverlangen können. Höhere Steuern. Höhere Krankenkassenbeiträge. Höhere Benzinkosten. Das Ertragen einer zunehmend maroden Infrastruktur. Mehr und länger arbeiten. Inflationbedingt auf immer mehr verzichten, was uns lieb gewesen ist. Darben, dulden und den Mund halten. Dazu kommt jetzt auch: Sich für den militärischen Ernstfall bereithalten, den die Staatenlenker ja erst mutwillig zu einem solchen eskalieren lassen. Seine Kinder notfalls willig in den Schredder der Militärmaschinerie werfen. Artig „darf ich...?“ fragen, wenn man als jüngerer Mann länger ins Ausland will.

Bewegungsfreiheit als hoheitlicher Gnadenakt

Dieselbe politische Klasse, die sich ihren Pflichten immer ungenierter entzieht, erhöht nun schrittweise den Verfügbarkeitsdruck auf uns Bürger. Nicht hingehen zu können, wohin und wie lange wir wollten – hatten wir das nicht schon mal, Stichwort Ostdeutschland? Die Politik definiert eine pure Selbstverständlichkeit – nämlich, dass sich alle Deutschen für einige Zeit ins Ausland begeben können – zu einem Gnadenakt, der hoheitlich „gewährt“ oder gegebenenfalls auch verweigert werden kann. Ein Menschenrecht wird damit zu etwas Optionalem, das je nach politischer Großwetterlage und Personalstand im Tötungsgewerbe zu- oder aberkannt wird.

Etwas eigentlich Selbstverständliches wird über Nacht zu etwas „Erlaubtem“ erklärt, welches in den von solchen Gnadengaben Begünstigten erleichtertes Aufatmen auslöst. Verbunden mit dem beklemmenden Gefühl, dass man beim nächsten Mal, wenn es Pistorius oder Merz gefällt, vielleicht nicht mehr so glimpflich

davonkommen wird.

Manche Leser werden mir nun vorwerfen, mit meinem Genörgel nicht auf dem allerneuesten Stand zu sein. Hatte der Minister nicht am 8. April 2026 Entwarnung gegeben. „Pistorius sagt: Reisen geht okay“, lautete eine **Überschrift in der taz**

[\(https://taz.de/Wehrdienstgesetz/!6169097/\)](https://taz.de/Wehrdienstgesetz/!6169097/).

„Verteidigungsminister Boris Pistorius hat klargestellt, dass wehrfähige Männer derzeit keine Genehmigung für lange Auslandsreisen brauchen“, heißt es in dem Blatt. „Das Verteidigungsministerium hatte dazu erklärt, es werde durch Verwaltungsvorschriften klargestellt, dass die Genehmigung als erteilt gelte, solange der Wehrdienst freiwillig sei.“

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Das klingt oberflächlich betrachtet gut. Ich habe zu der guten neuen Mär des Boris Pistorius, jedoch zwei Einwände:

„Reisen geht okay“, ist nur eine vorübergehende Entwarnung, die jederzeit rückgängig gemacht werden kann.

Der Kriegstüchtigkeitsminister kündigt an, für den Spannungsfall würden entsprechende Verfahren etabliert. Er verteidigte die Regelung in Paragraf 3 des geänderten Wehrpflichtgesetzes. Sie sei nötig – „und zwar vorsorglich“. Der Spannungsfall wird aber vielleicht nicht erst dann ausgerufen, wenn der Russe bei Rüdesheim über den Rhein setzt. Es genügt, dass Politiker meinen, es liege Spannung in der Luft, welche sich irgendwann in Form einmarschierender Russen entladen könnte. Real muss die Gefahr dafür nicht sein, es muss nur eine mächtige Person sein, die sie wittert.

Schon die Andeutung, es könnte einmal eine Meldepflicht für längere Auslandsreisen für Männer in den besten Jahren geben, ist übergriffig.

Es ist, als würde Pistorius seinen Dackel an der Hundeleine schnuppern lassen, ohne sie ihm jedoch zunächst anzulegen. Es ist eine Drohung, die dem Bürger – eigentlich also dem Souverän der Demokratie – seinen Platz auf der Treppe der Gesellschaftspyramide zeigt: ganz unten. Die Sätze: „Ich erlaube dir Auslandsreisen“ und „Ich erlaube dir keine Auslandsreisen“ haben gemeinsam, dass sie suggerieren, der Staat dürfe jederzeit über unseren Aufenthaltsort und letztlich sogar über unsere „Verwendung“ in Kriegshandlungen bestimmen. Es handelt sich somit um eine Art Fremdbestimmungsgesetz.

Die Verweigerung des Bürgeropfers

Das Beispiel der Tierhaltung macht klar, unter welchen Umständen und mit welchen Gründen Menschen andere Lebewesen einsperren. In der Regel, um sie dazu zu zwingen, an einem Ort zu bleiben, an dem ihr Besitzer sie dem von ihm bestimmten Verwendungszweck zuführen kann. Bei Schweinen und Rindern etwa soll durch Umzäunung und Einpferchung sichergestellt werden, dass sie der Schlachtbank nicht entgehen können. Bei Männern bis 45 Jahren gilt das Gleiche mit Blick auf das Schlacht*feld*. Beides läuft mitunter auf dasselbe hinaus, wie schon Lev N. Tolstoi sagte: „Solange es Schlachthöfe gibt, wird es auch Schlachtfelder geben.“

Durch Republikflucht im Spannungsfall würde sich ein „wehrfähiger“ Mann seiner Instrumentalisierbarkeit durch die Kriegstreiber entziehen – wie ein Schwein, das, bevor der Schlachthofmitarbeiter sein Bolzenschussgerät ansetzt, durch einen Mauerspalt entweicht und so dem Tod entgeht.

Die Flucht wäre die Verweigerung eines Bürgeropfers, das von diesem in Zeiten nationaler Not erwartet wird.

Übertreibe ich? Boris Pistorius beschwichtigt ja, indem er klar macht, wie unwahrscheinlich der Ernstfall derzeit scheint. Er wirbt um Vertrauen – als sei dieses bei der Merz-Regierung am richtigen Platz.

„Wir tun alles, um einen Spannungs- oder Verteidigungsfall zu verhindern, und müssen trotzdem auf einen Ernstfall vorbereitet sein. Denn wenn sich die Sicherheitslage verschlechtern sollte und ein verpflichtender Wehrdienst eingeführt werden müsste, hätten wir eine andere Ausgangslage. Dann wäre es für uns entscheidend zu wissen, wer tatsächlich verfügbar ist und wer nicht.“

Und ewig lockt der Verteidigungsminister

Noch immer setzt der Kriegsminister auf das Prinzip „Locken“, als Vorstufe zum „Zwingen.“ „Unser neuer Wehrdienst soll so attraktiv sein, dass dies auch möglichst lange so bleibt“, sagte Pistorius. So als sei der Dienst an der Waffe eine unwiderstehlich verführerische Frau – respektive ein attraktiver Mann. Wenn es ans Sterben ginge, könnte die „Attraktivität“ des Dienstes jedoch schnell verblasen. Wenn die Lockrufe der Truppe dann ihre Wirkung verlören, bliebe nur noch der Zwang als letztes Mittel, um das Zugriffsrecht des Staates auf seine Bürger zu sichern.

Was bedeutet die jetzige Ansage, eine Genehmigungspflicht für längere Auslandsreisen jüngerer Männer gebe es „derzeit nicht“? Solange der Verbleib im Land nicht lebensgefährlich ist, darf jeder ausreisen, wann er will. Wenn es dagegen ernst würde und Fluchtversuche somit menschlich mehr als verständlich wären, träte vermutlich eine Rechtfertigungspflicht für all jene in Kraft, die

„unsere Demokratie“ nicht zum Sterben schön finden. Im zweiten Schritt würden dann wohl die Grenzen dicht gemacht. Da bin ich froh, in Alpennähe zu wohnen, so dass ich über kleine Wanderpfade oder querfeldein durch den Wald vielleicht ins neutrale Österreich entkommen könnte.

Aber ich vergaß: Mich würde es ja aus Altersgründen gar nicht treffen.

Da beruhigt mich die großzügige Altergrenze von 45 Jahren, welche „junge Alte“ wie mich schont. Ein früherer, äußerst kriegstüchtiger deutscher Regierungschef war da rabiater. Der zog 1944 im Rahmen seiner Aktion „Letztes Aufgebot“ kurz vor Ende des nicht mehr zu gewinnenden Krieges Männer bis 60 Jahre ein und führte sie als Kanonenfutter ihrer letzten Bestimmung zu.

Außerdem wurden ältere Männer in „kriegswichtigen Betrieben“ eingesetzt. Da bin ich froh, nicht in einem solchen zu arbeiten. Eher in einem friedenswichtigen, hoffe ich.



Roland Rottenfuß, Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 war er Redakteur beim spirituellen Magazin **connection**, später für den **Zeitpunkt**. Er arbeitete als Lektor, Buch-Werbetexter und Autorenscout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 ist er Chefredakteur von **Hinter den Schlagzeilen** (<https://hinter-den-schlagzeilen.de/>). Von 2020 bis 2023 war er Chefredakteur vom Rubikon, seit April 2023 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur von Manova.

